

Bundesarchiv

B 162/ 19247

fol. 1 -



0 200075 132400

REGIERUNG  
DES GENERALGOUVERNEMENTS  
HAUPTABTEILUNG INNERE VERWALTUNG.

J. Pers. 112/05

Krakau, den 1. September 1944

4574

KANZLEI DES  
GENERALGOUVERNEURS  
KRAKAU, BUREAU  
Eing. 4. SEP. 1944  
Aktenz. 1146 0200 (K)

An die  
Kanzlei des Generalgouverneurs,  
z.Hd. von Regierungsrat Jansch,  
K r a k a u  
Burg

Betr.: Vorschlag zur Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes  
I. Klasse an Kreishauptmann Dr. Hans Zinser, Debica.

In der Anlage überreiche ich einen Vorschlag des Gouverneurs  
des Distrikts Krakau betr. Verleihung des Kriegsverdienst-  
kreuzes I. Klasse an Kreishauptmann Dr. Zinser. Ich schliesse  
mich den Ausführungen des Gouverneurs an. Kreishauptmann  
Dr. Zinser hat sich bei der Räumung seines Kreises in jeder  
Hinsicht bewährt. Ich bitte, ihn bei der Verleihung von  
Kriegsverdienstkreuzen I. Klasse bevorzugt zu berücksich-  
tigen. Ferner bitte ich zu prüfen, ob nicht in diesem Falle  
die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes I. Klasse mit  
Schwertern in Frage käme.

1 Anlage:

*K. Jansch*

BUNDEARCHIV

Vorschlagende Stelle : Der Gouverneur des Distrikts Krakau

V o r s c h l a g

für die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes I.Kl.

An die

Kanzlei des Generalgouverneurs

K r a k a u

Burg

Familienname : Z i n s e r ✓  
 Vorname : Hans  
 Geburtstag - und Ort : 26.2.1908  
 Wohnort - und Wohnung im GG : Debica  
 Dienstbezeichnung : Kreishauptmann  
 Beschäftigungsstelle : Kreishauptmannschaft Debica  
 Tag des Dienstbeginns im GG : 1939  
 KVK IIKl.o.S.od.m.S.verliehen am :  
 Sonstige Auszeichnungen im  
 jetzigen Kriege :

Begründung :

Dr.Zinser stammt aus der württembergischen Verwaltung. Da die Personalakten versandt sind, kann ich genaue Zeitpunkte nicht angeben. Er ist schon Anfang des Krieges in das Generalgouvernement abgeordnet worden. Sein erster wesentlicher Einsatz führte ihn als Kreishauptmann nach Miechow. Von dort wurde er im Sommer 1941 nach Galizien versetzt, wo er die Kreishauptmannschaft Rawa - Ruska aufzubauen hatte. Schon im Frühjahr 1942 wurde er von hier zur Kreishauptmannschaft Sambor versetzt, die er bis 1. Oktober 1942 leitete. In dieser Kreishauptmannschaft wurden unter seiner Verwaltung vor allen Dingen auf dem Gebiete der freiwilligen Arbeitererfassung Leistungen vollbracht, die den Kreis im ganzen Generalgouvernement weit an die Spitze stellten. Vorbildlich waren auch die Leistungen auf dem Gebiet der Getreideerfassung.

Ungefähr ein Jahr lang hat Dr. Zinser sodann in der Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, abordnungsweise Dienst getan, bis er im Herbst 1943 die Kreishauptmannschaft Debica übertragen erhielt. Mit seiner starken Entschlußkraft und rücksichtslosem Fleiß hat er innerhalb kürzester Zeit unter stetig schwieriger werdenden Verhältnissen diesen Kreis fest in die Hand genommen. Seine vorbildliche Verwaltungsarbeit erfuhr ihre Krönung, als die rückläufige Bewegung an der Ostfront auch die Kreishauptmannschaft Debica gefährdete und schließlich ergriff. Mit eiserner Ruhe hat Dr. Zinser die erforderlichen Räumungsaufgaben genau im richtigen Augenblick durchgeführt. Seine Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Wehrmacht wird als ganz besonders vorbildlich geschildert. Generalleutnant Ehrig, der zuständige Divisionskommandeur, hat mir die Verdienste Dr. Zinser's mit großer Wärme geschildert und mir erklärt, das er während seiner ganzen Ostzeit im Reichskommissariat und im Generalgouvernement unter den leitenden Verwaltungsbeamten nur äußerst selten Männer gefunden habe, die die Truppe so vorzüglich versorgt und dabei persönliche Tapferkeit bewiesen hätten. Kreishauptmann Dr. Zinser verließ, nachdem er die letzten Deutschen abgeschoben hatte, Debica erst am 22. August 1944, 20 Uhr, nachdem schon 15,30 Uhr die ersten russischen Truppen in die Stadt eingedrungen waren und von 17 - 20 Uhr schweres Artilleriefeuer auf der Stadt gelegen hat.

Ich bitte deshalb auch um Prüfung, ob Dr. Zinser nicht das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse mit Schwertern erhalten müsste.

Wittmann





...

...

**BUNDLES ARCHIVE**









1203

1. Die ... (faded text) ...

2. Die ... (faded text) ...

3. Die ... (faded text) ...

Bundesarchiv

(faded text)

Der Leiter der Zentralstelle  
im Land Nordrhein-Westfalen  
für die Bearbeitung von  
nationalsozialistischen Massenverbrechen  
bei dem leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

z.Zt. Freiburg/Br., den 26.11.62

112 667

-45 Js 14/62-

*Entnommen aus*

*8 AR 1434/61*

Gegenwärtig:

Staatsanwalt Siehlow  
als vernehmender Beamter

Justizangestellte Daniel  
als Protokollführerin

Es erscheint der Landrat Alfons Oswald aus Freiburg und erklärt mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht und zur Wahrheit ermahnt und nach Belehrung gem. § 55 StPO. als Zeuge:

Zur Person:

Ich heiße Alfons Oswald, Landrat in Freiburg/Br., geb. am 8. Februar 1903 in Norsingen Krs. Freiburg/Br., jetzt wohnhaft in Freiburg/Br., Rotackerstr. 18, mit den Beschuldigten weder verwandt noch verschwägert.

Zur Sache:

Ich wurde am 4.9.1939 von der Badischen Verwaltung zur Verwaltung im Generalgouvernement abgeordnet. Zunächst wurde ich als Landkommissar<sup>in</sup> Debica und ab 15.12.39 als Kreishauptmann in Debica eingesetzt. Diese Tätigkeit endete am 22.6.41. Ich war dann zunächst bei der Wehrmacht im Sachgebiet der Militärverwaltung für Galizien vorgesehen, doch habe ich mich geweigert, als die Zivilverwaltung in Galizien vom GG übernommen wurde. Jedenfalls habe ich im August 1941 die Leitung der „Inneren Verwaltung“ im Distrikt Radom übernommen, die ich bis zur Jahreswende 1942/43 innehatte.

Schon in Debica hatte ich gegen meiner gegenteiligen Ansicht über die Behandlung der Juden und auch anderer Maßnahmen Auseinandersetzungen mit dem Distriktgouverneur Wächter. Deshalb wollte man mich wohl nach meiner Ablehnung in Galizien nicht wieder als Kreishauptmann einsetzen, was i.ü. auch meinen Wünschen entsprach, trotz einer finanziellen Schlechterstellung.

Wenn ich Namen meiner Mitarbeiter in Radom nennen soll, ist mir das kaum möglich. Ich entsinne mich an einen Rechtsanwalt aus Berlin, der Magenkrank war und ein Assessor aus Sachsen, dessen Name mir auch nicht geläufig ist. Ich kann mich an Beamte des gehobenen

mittleren Dienstes nicht entsinnen, wobei ich meine, daß ich selbst in der Abteilung ständig keinen hatte. Von den Kreishauptleuten entsinne ich mir nur noch, soweit sie in Radom (Distrikt) tätig waren, an Oberbürgermeister Drechsel (Kielce), Landrat Dr. Ritter (Opatow), Regierungsrat Dzs (Petrikau), Reg. Rat Driesen (Radomsko) und Landrat Dr. Glehn (Tomaschow). Der Amtschef des Distrikts war Oberreg. Rat Dr. Egen, der zugleich die Kreishauptmannschaft Radom-Land leitete. Es trifft zu, daß dort als sein Vertreter ein Dr. Rubehn ständig tätig war. Die Stadthauptleute im Distrikt sind mir nicht mit Ausnahme von Drechsel geläufig. Allerdings fällt mir eben ein, dunkel entsinne ich mich an einen Dr. Hein, der in Radom zeitweilig war.

Wenn ich gefragt werde, ob in meiner Abteilung eine Unterabteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge war und wer der Leiter gewesen ist, kann ich mich an den Begriff B.u.F. nicht entsinnen. Ich weiß nur, daß wir wie jede Innere Verwaltung uns mit Fürsorgeaufgaben befassen mußten. Weiterhin entsinne ich mich, daß wir auch Volksdeutsche betreuen mußten. Mir wurde anhand eines Geschäftsverteilungsplanes aus der Regierung in Krakau erläutert, was zu Bevölkerungswesen zu rechnen ist. Dunkel weiß ich noch, daß wir und auch um die Polen gekümmert haben. Daß dieses Gebiet Bevölkerungswesen hieß, ist mir jedoch nicht Erinnerung. Insbesondere ist mir nicht geläufig, daß zu der Arbeit im Sachgebiet Bevölkerungswesen auch die Umsiedlung und Unterbringung von Flüchtlingen aller Nationalitäten rechnete. Diese Sachgebiete wurden in Radom beim örtlichen SS- und Polizeiführer wahrgenommen. Das war nach einander, in der erste ist mir namentlich nicht mehr in Erinnerung, dann Oberg und Dr. Bötcher, der Führer einer deutschen Volksgruppe in Memel, der von Hause aus Rechtsanwalt war. Wenn mir vorgehalten wird, daß in den anderen Distrikten in allen Abteilungen Innerer Verwaltung Unterabteilungen B.u.F. bestanden haben, muß ich bei meiner Darstellung verbleiben, selbst wenn sie unglaubwürdig klingt.

Frage: Was ist Ihnen über die Endlösung der Judenfrage im GG, d.h. die physische Vernichtung der jüdischen Volksgruppe bekannt, wobei sie schildern wollen, wie sich Ihre Kenntnis im Jahre 1942 dargestellt hat?

Antwort: Wie ich oben bereits zum Ausdruck brachte, war das Gebiet von Radom die Bearbeitung der Judenfrage Sache der Polizei. Ich bin hierzu schon wiederholt gehört worden,

wobei ich besonders auf eine <sup>im</sup> richterliche Vernehmung hier am Amtsgericht auf Ersuchen von Ludwigeburg im Frühjahr 1962 in einem Verfahren gegen 189 Beschuldigte gehört worden bin und zwar als Zeuge. Auf diese Vernehmung nehme ich ausdrücklich Bezug.

Was ich über die Vernichtung der Juden erfahren habe, habe ich immer nur gesprächsweise von Dritten gehört. Insgesamt dürften drei Ereignisse gewesen sein, an deren Ende mir klar war, daß die Juden getötet wurden.

Kurz nach Fronleichnam 1942 suchte mich der Chef des Sonderdienstes im Distrikt, einer Truppe von etwa 100 Mann in Radom (Ort), ein Hauptmann Dr. Tischer, der später stellvertretender Kreisauptmann in Tomaszow, wenn ich mich nicht irre, wurde, auf, um von einem Erlebnis am Fronleichnamstag in Krakau zu berichten. Auf der Hauptstrasse etwa zwischen 13 und 14 Uhr sei ihm ein Zug Juden aus den Getto kommend entgegengekommen, der zum Bahnhof zog. Dieser Zug sei von SS eskortiert worden. Die Juden hätten im Laufschrift sich bewegen müssen. Wer nicht mitkam, wurde sofort an Ort und Stelle im Angesicht der Fußgänger auf den Straßen erschossen. Besonders erschüttert habe Dr. Tischer die Exekution einer Frau, die einen Kinderwagen vor sich hergeschoben habe. Erst sei die Frau niedergeschossen worden, dann habe der SS-Mann die Waffe auf das im Wagen liegende Kind gerichtet. Dieser Mord habe Dr. Tischer sehr erregt, wobei er mit einem Oberst der Wehrmacht ins Gespräch gekommen sei, der ebenfalls sehr erschüttert gewesen sei. Ich selbst habe mir die Erzählung angehört und beschlossen, beim Gouverneur Kundt deswegen vorstellig zu werden. Diese Gelegenheit bot sich einige Tage später gelegentlich der Autofahrt zur Beisetzung eines von Widerstandskämpfern niedergemachten Arbeitsdienstführers. Im Kfz. saß außer uns beiden und dem Kraftfahrer noch der Polizeiführer Dr. Bötcher. Ich habe den Fall aus Krakau vorgetragen mit der Bemerkung, ich hoffe, daß solch eine Schweinerei bei uns nicht vorkommen würde. Nach kurzer Überlegung wandte sich Kundt an Bötcher mit der Bemerkung: das darf nicht vorkommen.

Frage: War Ihnen bis zu diesem Zeitpunkt von den Maßnahmen gegen die Juden, die auf deren Vernichtung hinzielten, nichts bekannt? Oder hatten sie - sei es dienstlich, sei es privat - nicht schon zu-mindest gerüchtweise von der Tötung von Juden im großen Maßstab gehört?

Antwort: Dienstlich nicht. Privat möchte ich die Antwort dahingeben, daß ich gefühlsmäßig zumindest mit der Möglichkeit gerechnet habe, daß Schweinereien dieser Art im Gange waren.

Frage: Hatten sie zu dieser Zeit von den Lagern Belzec, Sobibor, Treblinka und Majdanek gehört?

Antwort: Nein. Wohl hatte ich mal den Namen Auschwitz als Konzentrationslager erfahren. Dabei war mir aber nicht klar, wo das Lager lag und was dort geschah, vorallem die Tötung der Juden.

Der zweite Fall, daß ich mit der Evakuierung von Juden konfrontiert wurde, war etwa am 1. oder 2.8.1942. Ich kam aus ~~xxxxx~~ <sup>dem Urlaub</sup> zurück und wurde darüber am ersten Morgen von zwei Leuten meiner Abteilung, darunter dem Sportreferenten, die Namen sind mir nicht mehr in Erinnerung, darüber unterrichtet, daß am Tage zuvor oder noch einen Tag weiter vorher, die Juden morgens um 7 Uhr aus Radom -Getto von der SS zum Bahnhof geführt worden seien, um weggefahren zu werden. Am Sportplatz seien einige Juden, die nicht mehr mitkonnten, erschossen worden und ihre Leichen liegen gelassen worden. Die Leichen hätten den ganzen Tag dort gelegen. Im Namen der Mitarbeiter erhebe er dagegen Protest, er habe vor Erregung den ganzen Tag nichts essen können.

An dieser Stelle will ich aus der Schilderung von Dr. Fischer noch nachtragen, daß in Krakau die erschossenen Juden von nachfahrenden LKWs aufgenommen und weggefahren worden seien.

Ich bin sofort nach der Meldung der beiden Beamten zum Gouverneur gegangen und habe ihn unter Schilderung des Sachverhalts Vorhaltungen gemacht, warum das mir im Auto gegebene Versprechen gebrochen worden sei. Der Gouverneur schien mir im Augenblick überrascht und sagte umgehende Untersuchung zu. Nach einigen Tagen habe ich den Gou-

verneur auf der Treppe nochmals angesprochen, worauf er mir erklärte, es habe sich bei den Vorfällen um eine Insubordination untergeordneter Kräfte gehandelt.

Frage:

Haben sie vor diesem Ereignis von Judenaussiedlungen aus dem Distrikt Radom nie etwas gehört?

Antwort:

Hieran kann ich mich nicht erinnern.

Frage:

Haben Kreishauptleute bzw. nachgeordnete Dienststellen in ihren Berichten nie über Aussiedlungen von Juden berichtet?

Antwort:

Ich meine, erst später nach der Aussiedlung in Radom habe ich von Kreishauptleuten über Judenaussiedlungen in ihren Bezirken gehört. So entsinne ich mich an die Vorstellungen des Kreishauptmanns Drechsel, die SS habe bei den Aussiedlungen Schmucksachen und sonstige Wertsachen sich angeeignet. Kurzweil  
Kurze Zeit danach meldete mir Landrat Dr. Glöhn ein ähnliches Vorkommnis aus Tarnaschow. Er bat um meinen Rat, ob seitens der Verwaltung nicht etwas für die Erhaltung der Wertsachen für den Kreis getan werden könnte. Ich empfahl ihm, nachdem ich ihm den Fall von Drechsel erzählt hatte, beim SS- und Polizeiführer deswegen vorstellig zu werden. Das hatte zur Folge, daß gegen mich ein Verfahren eingeleitet wurde mit der Behauptung, ich hätte die SS zu Unrecht verdächtigt. Ich bin von einer Verhaftung und weiteren Maßnahmen gegen mich, nur dadurch gerettet worden, daß ich zur Wehrmacht einberufen wurde. Im Dienststrafverfahren hat der Gouverneur seinerzeit aber ausdrücklich festgestellt, ich hätte keine Gerüchte gegen die SS verbreitet. Meine Abstellung zur Wehrmacht wurde sodann mit der Begründung gerechtfertigt, ich sei als ehemaliger CV - Angehöriger politisch nicht zuverlässig.

Im Zusammenhang mit der Aussiedlung in Radom ist mir noch ein Einzelfall besonders in Erinnerung. Ich hatte einen Schneidermeister Zucker, der für mich arbeitete und dem ich deswegen eine Bescheinigung zum Verlassen des Gotton ausgestellt hatte. Diese Bescheinigung war

lediglich der Nachweis seiner Beschäftigung, denn sonstige Passierscheine durfte ich nicht ausstellen. Dieser berichtete mir nach der Evakuierung, er und seine Ehefrau seien aufgrund der Bescheinigung nach rechts rausgestellt worden, während ihr Kind im Alter von 4-6 Jahren im Transport blieb. Seine Ehefrau sei daraufhin wieder in den Transport zurückgetreten, weil sie das Kind nicht allein lassen wollte. Zucker bat mich flehentlich, allerdings erst nach diesem Bericht, <sup>und</sup> einige Tage später, nachdem Verbleib des Transportes zu forschen. Da ich nicht wußte, wohin die Juden im Transport abgehoben worden waren, suchte ich meinen alten Sportfreund und Bahnhofsvorstand in Radom auf, um Näheres zu erfahren. Diesen kannte ich aus Neustadt/Schw wo wir durch den Skiclub näher zusammengekommen waren. Seine Name müßte durch Rückfrage in Neustadt zu ermitteln sein. Er erklärte mir damals, er wisse nichts über das Ziel des Eisenbahntransportes. Auf meine Gegenfrage, ~~er müßte doch wissen~~ er müßte doch wissen, in welcher Richtung der Zug abgegangen sei, sagte er, er wisse nur, daß der Zug in Richtung Lublin abgefertigt worden sei. Als ich nun fragte, ob der Zug nicht evtl. nach Auschwitz gefahren sei, wiederholte mein Bekannter, daß könne nicht, <sup>da, n</sup> denn Auschwitz läge in anderer Richtung. Zu diesem Zeitpunkt habe ich erstmalig von Lublin ~~und~~ gehört. Zur Gewissheit, daß im Lubliner Raum die Juden getötet wurden, habe ich etwa im Herbst 1942 erfahren, als ich auf einer Urlaubsheimreise mit einem Oberst der Luftwaffe von Britzwitz .... wahrscheinlich aus Baden-Baden, ins Gespräch kam. Dieser war irgendwie im Nachschubdienst der Luftwaffe in Lemberg eingesetzt. Er berichtete mir, bzw. erwähnte mir, daß er aus seinen Beständen Flugmotoren an die SS habe abgeben müssen, die zur Vergasung der Juden in Güterwagen benutzt wurden. Er selbst habe den Zweck der Motore erst erfahren, als er nach ~~der~~ Lieferung einige Zeit später geforscht habe, was die SS mit Flugmotoren wolle. Erst nach diesem Gespräch war mir völlig klar, was mit den Juden geschehe. Ich meine, das Gespräch dürfte im Oktober stattgefunden haben.

Auf nochmalige Erörterung: kurz vor August 1949 hat sich nach meiner Erinnerung ein anderes Ereignis abgespielt, daß mir auch sehr zu denken gab. Gelegentlich einer Vorsprache beim Gouverneur sah ich im Vorzimmer eine Akte liegen, in der der Gouverneur als Gnadeninstanz über ein Todesurteil gegen eine Jüdin befinden sollte, die wegen Unberechtigten Verlassens des Gettos in Kielce zum Tode aufgrund der damaligen gesetzlichen Bestimmung durch ein Sondergericht abgeurteilt worden war. Ich hatte aufgrund des Vorlageberichts Abtl. Justiz, die sich für einen Gnadenerweis ausgesprochen hatte, den Eindruck, daß es sich um eine geringfügige Sache handelte, ich möchte sogar sagen um einen Fall des Notstandes handelte. Ich sagte daher, der Sekretärin des Gouverneurs, sie möge als Frau auf den Gouverneur einwirken, daß er den Vorschlag nachkomme. Einige Tage später habe ich auch die Sekretärin nochmals angesprochen, die mir von Kundt ausrichtete, er habe das Todesurteil unterschrieben, es sei gleich, ob die Frau heute oder später umkäme. Ich war erschüttert und bat die Frau, sie möge dem Gouverneur sagen, es sei nicht gleich, ob die Frau auf seine Anordnung oder später zu Tode käme. Damals war mir noch nicht klar, daß Kundt auch an der allgemeinen Judenvernichtung in irgend einer Form beteiligt war und damit eine Verantwortung trug. Heute allerdings sind mir Zweifel aufgekommen, ob Kundt damals nicht mehr wußte, eventuell sogar eine gewisse Mitverantwortung getragen hat, an der Gesamtlösung der Judenfrage.

Vorhalt:

Ausweislich der Niederschrift des Sitzungsprotokolls über eine Regierungssitzung in Krakau am 18.6.1942, an der Sie teilgenommen haben als stellvertretender Amtschef von Radom, sollen Sie über die geplanten Konzentrationen der Juden im Distrikt berichtet haben und dann über die Verzögerung der Umsiedlung nach Lublin Kenntnis gegeben haben (Band V Bl.161 d.A., das Protokoll wurde in-soweit verlesen). Danach müssen Sie doch über den Generalplan der Endlösung gewußt haben, wenn nicht sogar hier eingeschaltet gewesen sein.

Antwort:

Richtig ist, daß ich an dieser Sitzung teilgenommen habe. Zunächst muß aber klargestellt werden, daß ich nicht tatsächlich der stellvertretende Amtschef von Radom gewesen bin. Ich entsinne mich, daß Dr. Egen seinerzeit erkrankt war und ich nur für diesen Fall als Vertreter von Radom nach Krakau geschickt wurde. Ich möchte allerdings nicht ausschließen, daß ich vielleicht nach dem Organisationsplan sein ständiger Vertreter gewesen bin, in der Praxis aber dies nie zum Tragen gekommen ist.

Die Äußerungen, die ich nach dem Protokoll gemacht habe, stelle ich entschieden in Abrede. Ich entsinne mich, daß auch damals Dr. Bötcher als Polizeichef anwesend gewesen ist, der über Maßnahmen gegen die Juden referiert hat. Ich weiß das deshalb so genau, weil ich ihm während seines Vortrages ins Wort gefallen bin, um eine unrichtige Darstellung über eine örtliche Lage bzw. eine Polizeiaktion zu berichtigen. Daraufhin kam es zu einer erregten Aussprache zwischen Bötcher, dem höheren SS- und Polizeiführer Krüger und mir, die durch den Generalgouverneur Frank dadurch abgebrochen wurde, daß mir das Wort entzogen wurde mit der Bemerkung, ich wüßte davon keinen Bescheid. Irgend-ein Teilnehmer der Sitzung hat mir nachher seine Glückwünsche ausgesprochen, daß ich einmal den Herren die Meinung gesagt hätte.

Mir wird vorgehalten, daß bisher Zweifel an der richtigen Niederschrift nicht aufgekommen seien, ja sogar ein Teilnehmer der Sitzung die richtige Darstellung der Niederschrift bestätigt hat. Hierauf kann ich nur sagen, daß meine Darstellung richtig ist. Ich meine, vielleicht hat der Protokollführer, den ich nicht kenne, sich bei der Aufzeichnung vertan und hat anstelle Bötcher meinen Namen eingesetzt. Ich weiß es auch deshalb so genau, da ich diese Einzelheiten damals garnicht gewußt habe. Ich wußte ja nichts von den Transportschwierigkeiten. Auf Befragen: Ein Erster Staatsanwalt Meidinger, der wahrscheinlich das Protokoll niedergeschrieben hat, ist mir nicht bekannt.

Auf Frage:

Mit ist nichts von einer Konzentrierung der Juden in Großräumen innerhalb des Distrikts Radom bekannt. Auch habe ich zu diesem Zeitpunkt nichts davon gewußt, daß nach einem Generalplan die Juden des GG im Distrikt Lublin zusammengezogen werden sollten.

Frage:

Wenn Sie an der Sitzung am 18.6.42 in Krakau teilgenommen haben, müßten Ihnen aus den verschiedenen Berichten eigentlich doch klageworden sein, daß im GG, nunmehr bzw. schon seit einiger Zeit eine Generalreinigung von Juden stattfindet. Es ist daher nicht verständlich, daß Sie erst durch die Ereignisse in Radom im August 1942 und durch das Gespräch mit dem Oberst erst Ihre Erkenntnis von der Gesamtlösung der Judenfrage gewonnen habenwollen.

Antwort:

Über das Ziel der Aussiedlung war mir zu dieser Zeit nichts bekannt. Ich habe mir gedacht, daß sie die Juden irgendwo nutzbringend angesiedelt würden. Auf die Frage, wo diese Siedlung stattgefunden hätte oder stattfinden sollte, kann ich keine Erklärung abgeben. Unter Kollegenkreisen sprach man von Evakuierungen zu landwirtschaftlichen Arbeiten. Ich kann aber über die Lage nichts sagen, doch weiß ich mit Bestimmtheit, daß es nicht im Bezirk Radom gewesen ist.

Im übrigen bin ich der Ansicht, daß in der Sitzung vom 18.6.42 von einer Tötung der Juden nicht gesprochen wurde, da für einen unbefangenen Hörer wie ich die im Sprachgebrauch der SS-Führer gebrauchte Bemerkung Aussiedlung für Tötung nicht geläufig war. Jedenfalls habe ich die Sitzung nicht in der Erkenntnis verlassen, daß die Juden nach einem Generalplan jetzt getötet wurden.

Auf Frage:

Ein Referent Gutt der Unterabteilung der B.u.F. in Radom ist mir nicht bekannt. Mir fällt eben ein, es gab einen etwa 60 jährigen Angestellten, der zwei Jahre nach meinem Weggang evtl. schon früher an einem Herzleiden verstorben ist. Dieser könnte vielleicht Gutt heißen haben. Was er in meiner Abteilung bearbeitet hat, weiß ich nicht mehr.

Auf Frage:

Haben Sie während Ihrer Zeit Anweisungen einer Abteilung B.u.F. in Krakau erhalten? Hierzu wurde eine Anweisung aus Band II Bl. 69 vorgelegt.

Antwort:

Das weiß ich nicht. Vielleicht hat es dort <sup>da</sup> eine Abteilung B.u.F. unter mir gegeben, doch ist wie mir als solche nicht in Erinnerung. Aus der Anschrift meine ich zu schließen, daß das Schreiben nicht durch meine Hand gelaufen ist, sondern unmittelbar bei Eingang dem zuständigen Referenten vorgelegt wurde. Wir hatten nämlich keine eigene Postverteilungsstelle innerhalb der Inneren Verwaltung.

Zu Band I. Bl. 166 d.A. kann ich nichts sagen, das Schreiben ist nicht an mich gerichtet. Ob eine gleichlautende Meldung auch an uns auf der Distriktsebene Radom geschickt wurde, kann ich auch nicht sagen.

Frage:

Nach Band I Bl. 166 d.a. muß der Sonderdienst an der Judenaussiedlung beteiligt gewesen sein. Haben Sie je gehört, daß Angehörige des Sonderdienstes hieran beteiligt gewesen sind?

Antwort:

Nein. Auf weiteres Befragen: Über die Unterstellung des Sonderdienstes ist mir nicht bekannt. Ich kann mich nicht entsinnen, daß der Sonderdienst im Auftrage der Verwaltung eingesetzt worden ist.

Ich habe das Protokoll selbst durchgelesen. Ich bitte um Berichtigung folgender Sätze:

S. 1. 1. Abs. <sup>nach</sup> vom GG übernommen wurde", : dieses Amt zu fortzuführen.

S. 2 1. Abs.: mir ist Herr Drechsel nur als Kreishauptmann in Erinnerung, nicht dagegen gleichzeitig als Stadthauptmann.

S. 2 2. Abs. letzter Satz! ich möchte klarstellen, eine Unterabteilung mit einem Aufgabenbereich Fürsorge und Betreuung der Bevölkerung ist mir in Erinnerung, doch ist mir die Bezeichnung der Abteilung nicht mehr geläufig.

S. 3 letzter Absatz: Der Arbeitsdienstführer ist von Widerstandskämpfern erschossen worden.

S. 4 2. Antwort: hinter Tötung der Juden muß es heißen,  
"war mir nicht bekannt."

S. 8 2. Absatz vorletzte Zeile: Statt Glückwünsche bitte  
ich "seine Anerkennung" einzusetzen

v.g.u.

geschlossen.

*Linum*

*Dampfl*

Bundesarchiv

DER SS- UND POLIZEI-FÜHRER  
IM DISTRIKT WARSCHAU

Warschau, den 13. März 1943  
Palas Bruhl

GEHEIM

13/43 G N.

I ab Dr.S./G. 3267 347 /43 gch.

Betr.: Feststellung und Liquidierung der sich frei bewegenden Juden  
Bezug: Besprechung bei der Kreishauptmännertagung in Lowitsch am  
11. d.M.

Anl.: -

An die Kreishauptmänner der Kreise

Warschau-Land, Grojec, Lowitsch, Minsk, Ostrow, Siedlec,  
Sochaczew, Sokolow, Garwolin.

Unter Bezugnahme auf meine am 11. d.M. gemachten Ausführungen ordne ich an, daß sofort mit größter Energie alle noch in den einzelnen Städten bzw. auf dem Lande befindlichen Juden, besonders die ohne Armbinde sich frei bewegenden, die also durch die bisherigen Aus-siedlungsaktionen nicht erfaßt werden konnten, festzustellen und der Gendarmerie zur Liquidierung zuzuführen sind.

Für diese Aufgabe sind in erster Linie Sonderdienst, poln. Polizei und etwa vorhandene V-Männer einzuspannen. Auch die poln. Bevölkerung selbst kann in weitestem Maße für diese Feststellungen herangezogen werden.

Bei der Festnahme solcher Juden sind deren Vermögenswerte dem zuständigen Gend.-Zugführer zuzuführen und diese Werte ohne Unterschied, ob Mobilien, Bargeld oder sonstige Wertgegenstände, meiner Werterfassung, die ich im Auftrage des Reichsführers - SS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums für den gesamten Distrikt Warschau durchzuführen habe, zu übergeben. Die Gend.-Zugführer haben diese Werte in einem Verzeichnis aufzunehmen und bis zu meiner weiteren Verfügung in einem geeigneten Lager sicherzustellen und entsprechend zu bewachen.

Die Personen, die für die Verhaftung und Liquidierung dieser Juden entsprechende Angaben gemacht haben, erhalten in jedem einzelnen Falle bis zu einem Drittel des zustande gebrachten Vermögens des von ihnen namhaft gemachten Juden. Diese Främienensprüche sind beim Gend.-Zugführer anzumelden und von diesem nach meiner Genehmigung zur Verteilung zu bringen.

Ich bitte, diese Aktion nach Rücksprache mit den zuständigen Gend.-Zugführern nach Ihrem eigenen Ermessen zu organisieren.

Der SS- und Polizeiführer  
im Distrikt Warschau  
gez. Unterschrift (unleserlich)  
SS-Oberführer.

Vermerk:

Da hier keine Juden mehr vorhanden sind,  
erübrigt sich eine besondere Aktion.  
Oberlt. Reiner wird im übrigen nach der  
Verfügung verfahren. (Unleserlich evtl. Meriburstka) ist  
unterrichtet.

(Unterschrift unleserlich)  
19.3.1943



Generalgouvernement  
Distrikt Krakau  
Der Kreishauptmann in Debica  
Amt für Innere Verwaltung

Debica, den 25. März 1942

An  
den Juden.....

in Reichsheim  
Sammelgemeinde Reichsheim

Sie müssen mit Ihrer Familie und den auf Ihrem Grundstück wohnenden Personen bis zum 25. März 1942, morgens 8<sup>00</sup> Ihren bisherigen Wohnort verlassen.

Von Ihrem beweglichen Eigentum können Sie nur soviel mitnehmen, was Sie und Ihre Angehörigen tragen können.

Auf jeden Fall müssen auf Ihrem Gehöft folgende Gegenstände zurückbleiben:

- sämtliches Vieh,
- sämtliche landwirtsch. Geräte u. Maschinen,
- sämtliche Vorräte an Getreide, Kartoffeln, Heu, Stroh und Saatgut.

Als neuen Wohnsitz weise ich Ihnen die Stadt Baranow  
Sammelgemeinde zu. Es bleibt Ihnen überlassen, sich im Einvernehmen mit dem Judenrat Ihres neuen Wohnsitzes eine geeignete Wohnung zu beschaffen.

Unter Vorzeigung dieser Räumungsanordnung haben Sie sich zunächst beim Judenrat Ihres neuen Wohnorts und dann bei dem Herrn Vogt zur Eintragung in das Einwohnermelderegister zu melden und zwar binnen 24 Stunden nach Ankunft in Ihrem neuen Wohnort.

Den neuen Wohnsitz weise ich Ihnen und Ihren Angehörigen ausdrücklich als Wohnbezirk im Sinne der 3. Verordnung über Aufenthaltsbeschränkungen im Generalgouvernement vom 15. 10. 41 zu. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Juden, die den ihnen zugewiesenen Wohnbezirk unbefugt verlassen, nach § 4 b der 3. Verordnung über Aufenthaltsbeschränkungen im Generalgouvernement vom 15. 10. 41, mit dem Tode bestraft werden.

Diese Anordnung gilt für Sie und Ihre Hausgenossen gleichzeitig als Passierschein für die Übersiedlung von Ihrem alten Wohnsitz zum neuen Wohnsitz auf dem kürzesten Wege. Dieser Passierschein gilt nur für die Dauer von 48 Stunden, beginnend vom Räumungstermin ab.

SCHLÜTER

161

15. Mai

2

1. Schreiben:

An

den Herrn Gouverneur  
des Distrikts Krakau  
Innere Verwaltung - Bevölkerungswesen -  
in Krakau

f. Innere Verwaltung  
Dr. Schma./Ra.

Betrifft: Judenaussiedlung aus Mielec.

B e z u g: Jhr Schrb. v. 13. Mai 42 - H/ 47/g/42 Dr. Ho/Wa -

Auf obige Erinnerung vom 13. ds. Mts. teile ich mit, daß  
Herr Kreishauptmann Schlüter die betreffende Angelegenheit persönlich  
bearbeitet hat. Die Akten hierfür sind dem Unterzeichneten nicht zu-  
gänglich.

Da Herr Kreishauptmann Schlüter sich auf Urlaub befindet,  
bitte ich, eine Nachfrist bis zum 27. Mai notieren zu wollen.

2. Mir wv.

BUNDESDRUCKEREI



Der Chef des Distrikts Lublin  
Im Generalgouvernement

Abteilung: Innere Verwaltung  
Bevölkerungswesen u. Surforge

Der 4. und POLIZEIFÜHRER Im Distrikt Lublin				
Nr. 4684	26. AUG. 1942		Lublin	Abg. den
Chef	Stabf.	Azlet	Ref.	

24. AUG. 1942

Eingegangen:
27. AUG. 1942
Abt. v. VII
Hauptf.

707/42

Wzfr.: Judenrat in Mielec Kreis Lublin.

Bei der städtischen Gasse- und Fliegenarbeit in Lublitz steht für den Judenrat in Mielec Kreis Lublin noch ein Leiharbeiter zurück. Ich bitte Sie mir der Herr Kommandant der Sicherheitspolizei und des SD. mitteilen, für die Veranlassung dieser Juden in Ihren Händen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir baldmöglichst mitteilen könnten, wann diese Juden ausgesiedelt wurden.

In Vertretung:

Bund...

Der H. und Polizeiführer  
im Stadt Lublin.  
(Art. Reinhardt)

Lublin, am 4. September 1942.

U.z.  
An den  
Gouverneur des Distrikts Lublin  
Abt. Bevölkerungswesen und  
Fürsorge  
Lublin.

Retr. J. Jurek in Liolec Kreis Polica,  
Genert Ums. Schr.

Zu dem obigen Schreiben wird Ihnen mitgeteilt, daß der Juden-  
rat aus Liolec nach Rußland umgesiedelt wurde. Genaue Angaben  
über den jetzigen Aufenthalt können leider nicht gemacht werden,  
da derselbe unbekannt ist.

Der H. und Polizeiführer  
i. A. *J. H. Rommel*  
Berscharführer.

B. U. F. eing. 5. Sep. 1942  
Rel. II, 831783142

A. Z. d. R. 14 25/66

2) D. Keff. u. Les.

3) Frau Fink. 26. Jan. 1967

*Hess.*

**V e r t e i l e r 3**

Regierung des Generalgouvernements

Der Höhere SS- und Polizeiführer - Der Staatssekretär für das Sicherheitswesen -  
Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP.

Sonstige Dienststellen, insbes.beauftragte v. Reichsdienststellen beim Generalgouverneur

Dazu: Gouverneure und die Oberger. Präsidenten.

Die Verteilung erfolgt wie bei Verteiler 1, ferner an:

Nr.	Dienststelle	Leiter	Diensträume	Fernspr. Nr.	Großer	Kleiner
					Verteiler	Verteiler
1	<u>Der Gouv. d. Distr. Krakau</u>	<u>Gouverneur</u> Dr. Louacker	Adolf-Hitler-Platz 27	151 40	70	15
	<u>Chef d. Amtes</u>	<u>Vizegouverneur</u> Dr. Eisenlohr	"	151 40		
	<u>SS-u. Polizeiführer</u>	<u>SS-Oberführer</u> Schermer	Oleanderstr. 4	153 01/5		
2	<u>Deutsches Obergericht Krakau</u>	<u>Obergerichtspräs.</u> Bauer	Burgstr. 52	152 20	5	5
3	<u>Der Gouv. d. Distr. Lublin</u>	<u>Gouverneur</u> Dr. Wendler	Lublin	1880	70	15
	<u>Chef d. Amtes</u>	<u>Kreishauptm.</u> Dr. Schlüter				
	<u>SS- und Polizeiführer</u>	<u>SS-Gruppenf. u. Generalleutnant</u> d. Polizei Spörrenberg				
4	<u>Deutsches Obergericht Lublin</u>	<u>Obergerichtspräs.</u> Kiel	Krakauerstr. 43	1823	5	5
5	<u>Der Gouv. d. Distr. Radom</u>	<u>Gouverneur</u> Kundt	Radom, Reichsstr. 53	2400/7	70	15
	<u>Chef d. Amtes</u>	<u>Vizegouverneur</u> Dr. Egen				
	<u>SS-u. Polizeiführer</u>	<u>SS-Oberführer</u> Dr. Böttcher				
6	<u>Deutsches Obergericht</u>	<u>Obergerichtspräs.</u> Dr. Wollmann	Reichsstr. 21	2151/52	7	7
7	<u>Der Gouv. d. Distr. Warschau</u>	<u>Gouverneur</u> Dr. Fischer	Palais Brühl	55560	160	40
	<u>Chef d. Amtes</u>	<u>Vizegouverneur</u> Dr. Hummel	"	55560		
	<u>SS u. Polizeiführer</u>	<u>SS-Brigadeführer</u> u. Gen. Major d. Pol. Stroop	Siegesstr. 25	80380		
8	<u>Der Gouv. d. Distr. Galizien</u>	<u>Gouverneur</u> Dr. Wächter	Distriktsstr. 18	10340 10400/7	290	130
	<u>Chef d. Amtes</u>	<u>Rechtsanwalt</u> Bauer	"			
	<u>SS-u. Polizeiführer</u>	<u>SS-Brigadeführer</u> Generalmajor d. Pol. Thier	"			

Generalgouvernement  
für die besetzten Polnischen  
Gebiete  
Der Kreishauptmann des Kreises  
D e b i c a.

Debica, den 31. August 1940.

L A G E B E R I C H T.

2.) Wirtschaftliche Lage

a) Landwirtschaft:

Die Ablieferungsolls für Brot- und Futtergetreide sind mit einem Durchschnittsertrage vom 11 dz je Hektar für alle vier Fruchtarten berechnet, da der Stand des Getreides im Juni und Anfang Juli einen besseren Ertrag versprach. Das ungelegte Ablieferungssoll kann daher allerhöchstens nur zu 40-45% erfüllt werden. Bis zum 15.9. 40 sollen nach Möglichkeit 40% des Solls abgeliefert sein. Das Brotgetreide reicht bei Eussersten Sparmassnahmen kaum für die Versorgung des eigenen Kriegesgebietes. - - - - -

Die Viehaufbringung ist bis auf die Ablieferung von schlachtreife Schweinen in Ordnung. Das Aufkommen an Schweinen wird aber von Woche zu Woche sich bessern, vorausgesetzt, dass die Schlachtviehpreise in kürzester Zeit wie vorgesehen ausgeglichen werden. - - - - - Die Milchablieferung im August ist gegen Juli durch die anhaltende Kühle und nasse Witterung etwas zurückgegangen. - - - - -

Bis Ende August sind 13 1/2 Millionen Eier durch die Eierkennzeichenstelle Debica von den Landwirten abgenommen worden, wovon rund 8 Millionen eingekalkt wurden. - - - - -

Die Ablieferung von Gänsen, Hühnern und Hähnchen ist zufriedenstellend, das auferlegte Kontingent wird auch hier erfüllt bzw. überschritten. - - - - -

3. Politische Massnahmen.

Es werden in den nächsten Tagen 2 grössere Aktionen durchgeführt eine in der Ortschaft Zassew, Gemeinde Strassgoim, bei der ein Peliseibattillon eingesetzt wird, eine weitere in Gebiet um Tarnobrzeg, wo sich die Wehrmacht bereit erklärt hat, eine Grossaktion

0099

in Benehmen mit der Polizei durchzuführen. - - - - -



502. Oswald

Z oryginałem zgody

Sędzia Relacyjny Sędzia

Jan Scher

Oryginał znajduje się w posiadaniu Instytutu Zachodniego /J.Z.

Dok.I - 151 tozka 5 i stanowi karty 27 - 34/ - - - - -

Bundesarchiv

0100

01

31 30

*W. Krawinkel  
Herr. Oberst*

D o b i e a , den 3. Februar 1941

Lagebericht

berichtet für den Monat J a n u a r 1941

6 FEB 1941  
M. Krawinkel

1.) Politische Lage.

In der äusseren politischen Lage ist keine wesentliche Änderung zu berichten. Es wurden in Bezirk keine Sabotageakte vorgenommen. Allerdings wurde auf dem Gebiet der Kontingente-Wirtschaft - Abgabe von landwirtschaftlichen Produkten - beobachtet, dass mit den Ablieferungen sabotageartig zurückgehalten wird. Ebenso wurde der Einsatz bei der Schneeräumung sabotiert.

Bei der Bevölkerung besteht wieder stärkere Hoffnung, dass Polen doch wieder erstehen wird. Die schlechte Stimmung ist nicht nur bei der aus ihren Existenzen herausgerissenen polnischen Intelligenz zu beobachten, sondern weitgehend auch bei der einfachen Bevölkerung. Sie ist auf die zwangsmässige Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte und die starke Heranziehung zu dem unentgeltlichen Schneeräumdienst zurückzuführen.

Hauptgrund für den wachsenden Widerstand der Bevölkerung ist die Entwicklung der allgemeinen politischen Lage. Offenbar wird über die feindlichen Sender eine starke Propaganda getrieben, die auf die Anfechtung des Widerstands gerichtet ist. Es ist auffallend, wie gut die polnische Bevölkerung über die Entwicklung auf den italienischen Kriegsschauplätzen unterrichtet ist. Ein Zeichen dafür, dass in grosser Zahl noch Radioapparat vorhanden sein müssen, mit denen englische Sender abgehört werden.

Zur guten Unterrichtung der polnischen Bevölkerung trägt die illegale Zeitschrift "Gdyot" bei. Am 29. 1. 1941 wurden in Mielec 150 Exemplare der in Krakau erscheinenden Zeitschrift - Ausgabe datum: 28. 1. 1941 - beschlagnahmt. Es ist erstaunlich, wie rasch diese Zeitschrift nach Mielec gekommen ist. Die Exemplare werden bei einem Kaufmann vergriffen, der von einer Streife zur Bekämpfung des Schleichhandels angehalten

0250

... er habe alte Wäsche in den Pa-  
 keten. Bei der Kontrolle ergab sich jedoch, dass er 150  
 Exemplare der "Odwet" bei sich hatte. Diese waren in ein-  
 zelne kleinere und grössere Päckchen verteilt, die alle eine  
 Aufschrift mit Bleistift trugen, die offenbar für die Unter-  
 verteilung bestimmt ist. Die Päckchen sollten von den Rad-  
 fahrer an bestimmten Plätzen niedergelegt werden, von wo aus  
 die weitere Verteilung erfolgen sollte. Der Radfahrer machte  
 keine Angaben darüber, wie er in den Besitz der Pakete gekom-  
 men sei, es wurde jedoch festgestellt, dass am Abend zuvor,  
 also am Ausgabetag, die Zeitschrift bereits nach Mielec durch  
 einen unbekanntem Radfahrer nach Tarnow gebracht worden ist.

*ist mit dem  
 Radfahrer  
 zusammen?*

Wenn man den Inhalt dieser Zeitung liest, wundert man sich  
 nicht mehr darüber, dass die polnische Bevölkerung über die  
 aussenpolitische Lage im englischen Sinne so gut unterrich-  
 tet ist. Die Zeitschrift enthält Nachrichten über die neueste  
 Entwicklung auf den afrikanischen und albanischen Kriegsschau-  
 plätzen, über die Lage in Italien und Rumänien, über die Tätig-  
 keit der amerikanischen Diplomatie usw.

Von unmittelbarem Interesse für die deutsche Verwaltung ist  
 eine Notiz, in der die polnischen Beamten der Staats- und  
 Selbstverwaltung wegen ihrer Mitarbeit mit der deutschen Ver-  
 waltung angeprangert und bedroht werden. Mit Namen genannt  
 ist der Postenkommandant der polnischen Polizei in Grembuschowa  
 bei Dambrowa, der angeprangert wird, weil er die Deutschen bei  
 der Aufbringung der Kontingente wirksam unterstützt. Den Beam-  
 ten, die sich weiterhin für die deutsche Verwaltung einsetzen,  
 wird Vergeltung angedroht.

Aus meinem Bezirk interessiert eine Notiz auf Seite 8 der  
 Druckschrift, in der ein ukrainischer Lehrer Ivanoczko aus  
 Mielec wegen seiner deutschfreundlichen Haltung gebrandmarkt  
 wird.

Die Druckschrift umfasst 12 Schreibmaschinenseiten und ist  
 in Vervielfältigungsverfahren hergestellt. Als Ausgabeort ist,  
 wie schon erwähnt, Krakau angegeben. Exemplare wurden vereinzelt

... auch  
 ...  
 Diese ...

0251 61

auch schon im Bezirk der Aussenstelle Tarnobrzeg aufgefunden.

Einem meiner Beamten wurden mit der Post 2 Exemplare "Der Freiheitskämpfer" zugesandt. Diese Druckschrift ist in deutscher Sprache abgefasst. Die Nummer 1 stammt offenbar von einem Polen, der der deutschen Sprache nicht ganz mächtig ist. Die Nummer 2 enthält ein besseres Deutsch. Der Beamte konnte leider den Umschlag, in dem ihm die beiden Exemplare zugesandt worden sind, nicht mehr auffinden. Er hielt die Zeitschriften zuerst für eine Reklame und stellte erst später fest, dass es eine Zeitschrift war.

Dem Gendarmerieposten in Tarnobrzeg ist ein kommunistisches Flugblatt unter Benutzung der Feldpost und des Dienstsiegels der SS-Fotenkopfstandarte übersandt worden.

Zusammenfassend möchte ich nochmals betonen, dass der grösste Teil der Bevölkerung bis zum siegreichen Ausgang des Krieges zu einer positiven Mitarbeit nicht bereit ist, vielmehr eine abwartende Stellung einnimmt.

2.) Wirtschaftliche Lage.

a.) Landwirtschaft:

Abgesehen von den Schwierigkeiten, die durch Widerstände der Bevölkerung entstehen, hält mein Leiter der Abteilung Ernährung die Aufbringung der neu festgesetzten Getreidekontingente deshalb für unmöglich, weil die Ernte im Bezirk infolge des starken Frostes in letzten Winter unter Überschwemmungsschäden im Gebiet der Wisloka sehr schlecht ausgefallen ist. Bisher war die Aufbringung von Getreide in meinem Bezirk völlig unzureichend. Versagt haben in erster Linie die Grossbetriebe, die wegen des Mangels an Kohle noch nicht ausgedroschen haben. Es wurde aber ferner beobachtet, dass die Ablieferung der 20 % Getreide, die bei der Lohnvermahlung einbehalten werden, deshalb ein schlechtes Ergebnis hatte, weil sehr viele Bauern nicht vermahlen liessen. Diese Bauern haben ihr Getreide entweder auf Schwarzmühlen oder in zugelassenen Mühlen vermahlen lassen, die unter Umgehung der betreffenden Vorschriften die Vermahlung ohne Eintrag in die Mählkarten vorgenommen haben. Diese Bauern haben erreicht, dass sie bisher von der Erfassung

640252

Erfassung der 20% freigeblichen sind. Ich habe nunmehr eine grössere Aktion eingeleitet, durch die die 20% auch bei den Bauern erfasst werden, die bisher nicht zur Vermahlung erschienen sind.

Die Viehanlieferung war in der ersten Hälfte des Monats durch die starken Schneefälle und Verwehungen teilweise unmöglich. Inzwischen ist der Rindviehauftrieb fast wieder normal geworden.

Die Milchlieferung an die Molkereien ist im Monat Januar weiter zurückgegangen. Auch hier wurde eine besondere Aktion eingeleitet, die garantieren soll, dass für Februar je Kuh 1/2 Liter Milch unbedingt abgeliefert wird. Die schlechte Milchlieferung wird immer wieder damit entschuldigt, dass kein Kraftfutter vorhanden sei. Dies ist richtig, denn die Kraftfuterzuweisungen sind völlig unzureichend.

Die Wurst- und Konservenfabrik in Debica wurde seit verganginem Herbst stark zur Bevorratungswirtschaft für den Distrikt Krakau eingesetzt. Da sie sich bei der Herstellung von Konserven bewährt hat, ist ihr nunmehr auch die Verarbeitung von Vieh aus dem Distrikt Lublin übertragen worden.

Es wird mir von deutschen Dienststellen darüber Klage geführt, dass die Versorgung mit Obst mangelhaft sei. Trotz wiederholter schriftlicher und mündlicher Anforderungen wurde hierher noch kein Obst angewiesen. Bei dem bestehenden Mangel an Frischgemüsen müsste unbedingt etwas Obst zur Versorgung der deutschen Dienststellen hierher geleitet werden. In Frage kommen Äpfel, Orangen und Zitronen.

b) Allgemeine wirtschaftliche Lage

Die Belieferung mit Kohle ist nach wie vor schlecht. Auf meine dringenden Anforderungen wurden mir nacheinander 62 to, 100 to und 124 to zur sofortigen Lieferung ab Krakau zugesagt, ferner ob Zeche Oberschlesien 500 to. Eingegangen sind bis zur Stunde 122 to. Wie oben schon erwähnt, mussten eine Reihe von Dampfmaschinen stillgelegt werden, weil sie nicht mit Kohle beliefert werden konnten. Die polnischen Schulen sind während des ganzen

Monats Januar wegen Kohlenmangels geschlossen. Die Ferien wurden von mir mit Rücksicht auf den neu aufgetretenen Frost bis auf weiteres verlängert.

Vorübergehend konnte der Dienst in einzelnen Dienststellen nur noch im Mantel verrichtet werden, da kein Heizmaterial zur genügenden Beheizung der Räume zur Verfügung stand.

Zur Zeit werden Vorbereitungen für die Bereinigung des Handels in Debica getroffen. Schon im Laufe des ersten Aufbaujahres wurde dahin getrachtet, jüdische Geschäfte durch arische zu ersetzen. Es ist dies auch in befriedigendem Umfange gelungen. Ferner wurde dafür gesorgt, dass die Sauberkeit und Ordnung in den Läden mehr als bisher gehalten wird. Jetzt sollen systematisch die Hauptgeschäftsstrassen und -Plätze von jüdischen Geschäften freigemacht werden. Im Zentrum der Stadt sind noch 32 jüdische Geschäfte vorhanden, denen 61 arische gegenüber stehen.

Gleichzeitig mit dieser Bereinigung soll auch eine Branchenbereinigung durchgeführt werden. Es wurde festgestellt, dass sich nur wenige Geschäfte auf eine Branche beschränken. Im Interesse der Leistungsfähigkeit der einzelnen Ladenbetriebe werde ich auf eine weitgehende Branchenteilung hinarbeiten.

Ausserdem wurde für alle Geschäfte und Gewerbetreibenden der Buchführungszwang eingeführt, um einen besseren Überblick über ihr Geschäftsgebaren und ihre finanzielle und fachliche Leistungsfähigkeit zu erlangen. Die Buchführungspflicht wird auch aus steuerlichen Gründen zu begrüssen sein.

Wie ich festgestellt habe, besteht ein erheblicher Preisunterschied zwischen Waren deutschen und polnischen Ursprungs.

So werden in einem Geschäft Emaillewaren aus dem Reich und dem Generalgouvernement feilgehalten. Die letzteren stellen sich ungefähr 100 % teurer als die ersteren. Zweifellos wird der Händler die billige deutsche Ware nicht zu seinen Herstellungskosten verkaufen, sondern er wird entweder den Preis der Produkte des Generalgouvernements zugrunde legen, oder die



Trotz der durch den Widerstand der Bevölkerung erhöhten Schwierigkeiten konnte die Schneeräumung im vergangenen Monat in befriedigender Weise durchgeführt werden, obwohl die Witterungsverhältnisse uns vor eine ausserordentlich schwere Aufgabe gestellt hatten. Ich habe die Wehrmacht insofern zur Mithilfe herangezogen, als ich sie in Ortschaften, in denen die Bevölkerung zum angesetzten Räumdienst nicht erschienen war und andere Kräfte nicht zur Verfügung standen, mit der Heranschaffung der Bevölkerung beauftragte. Ich habe meine Massnahme in einem eingehenden Bericht an den Staatssekretär im Amt des Generalgouverneurs gerechtfertigt und darauf hingewiesen, dass auch andere Kreishauptleute, die sich in ähnlich schwieriger Lage wie ich befinden haben, die Wehrmacht in der gleichen Weise herangezogen haben. Ich möchte hier nur noch einmal darauf hinweisen, dass es mir durch die rechtzeitige Zuziehung der Wehrmacht gelungen ist, die Führung im Schneeräumdienst in der Hand zu behalten, während andernfalls die Gefahr bestanden hätte, dass die Wehrmacht bei Versagen meiner Organisation die Schneeräumung mit Rücksicht auf die wichtigen Militärtransporte des vergangenen Monats selbst in die Hand genommen hätte. Ob mit oder ohne Erfolg, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls wurde erreicht, dass durch die von mir aufgestellte Organisation und den unter meiner verantwortlichen Führung durchgeführten Katastrophendienst die gestellte Aufgabe erfüllt wurde.

Die Sicherheitsverhältnisse im Bezirk waren im Berichtsmonat recht günstige. Dies ist einmal auf die schon früher in meinen Berichten erwähnte ausserordentlich gute Arbeit der Kriminalpolizeidienststelle in Debica zurückzuführen, ferner aber auch auf den Umstand, dass der während des ganzen Monats liegende Schnee die Tätigkeit der Verbrecher wegen der leichten Spurensatzstellung lahmlegte. ~~Der...~~  
 gehört als Richter zu I. a. Landwirtschaft.  
 Es wird mir seitens der Amtsvorsteher immer wieder darüber geklagt, dass durch die Wehrmacht bzw. Wehrmachtangehörige in grösseren Umfang Aufkäufe von landwirtschaftlichen Produkten erfolgen. So sind in ganz grossen Umfang Güter aufgekauft worden ~~...~~  
 Es war

Es werden aber auch immer wieder Schweine und Grossvieh aus meinen Gemeinden herausgeholt. Auch soll Butter in verhältnismässig grossem Umfange von der Wehrmacht angekauft werden. Um genaue Unterlagen hierfür zu bekommen, habe ich die Amtsvorsteher angewiesen, mir in allen Fällen Mitteilung zu machen, auch wenn die Formation nicht festgestellt werden kann, die Produkte weggeholt hat.

#### 4.) Staats- und Gemeindeverwaltung.

Die Einheit der Verwaltung wurde von mir noch nicht durchgeführt, da ich die angekündigte Durchführungsvorschrift abwarten will.

Ich habe jedoch bereits mit den in Frage kommenden Dienstvorständen (der Arbeitsinspektion, der Finanzinspektion und der Forstinspektion) die Fühlung aufgenommen und hierbei völlige Bereitwilligkeit und Zustimmung für die Einheit der Verwaltung gefunden.

Der Vorstand des Arbeitsamts ist der Auffassung, dass schon bisher die Verbindung so eng war, dass von einer einheitlichen Verwaltung gesprochen werden konnte. Er freue sich, dass nunmehr auch nach aussen hin dieser Zustand sanktioniert sei, weil ihm jetzt auch formell der ganze Apparat der Kreishauptmannschaft und der unterstellten Gemeindeverwaltungen zur Verfügung stehe.

Die Durchführung der Einheit stelle ich mir im wesentlichen so vor, dass ich die Dienststellenleiter zu regelmässigen Besprechungen zusammenrufe und dass sie an meinen regelmässigen und ausserordentlichen Bürgermeisterversammlungen teilnehmen.

Gerade diese letzte Massnahme erscheint mir besonders wichtig.

Die Bürgermeisterversammlung ist der wichtigste verwaltungsmässige Vorgang innerhalb der Kreishauptmannschaft. In ihr kommen nicht nur die Abteilungsleiter zu Wort, sondern es werden auch die Schwierigkeiten besprochen, die sich bei der Durchführung der Massnahmen ergeben. Es hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, dass alle Schwierigkeiten, ob sie nun im Bereich meiner Verwaltung auftreten oder sonstwo, von den Bürgermeistern zur Sprache gebracht werden. Die Bürgermeisterversammlung ist deshalb für alle Dienststellen ein ausgezeichnetes Informationsinstrument

70

auf der anderen Seite aber auch die einzige Möglichkeit zur Publikation der amtlichen Massnahmen im Kreisgebiet und ihrer propagandistische Unterbauung.

5.) Gesundheits- und Veterinärwesen.

Der Seuchenstand ist unverändert befriedigend. In der Stadt Debica sind 2 Bauchtyphusfälle aufgetreten. Meine Bestrebungen, in Debica eine Wasserleitung zu erstellen, scheinen endlich von Erfolg zu sein. Die Bewirtschaftungsstelle für Eisen und Stahl hat mir einen Teil des benötigten Eisens zugewiesen. Mit Rücksicht auf die schlechten Wasserverhältnisse - es ist so gut wie kein einwandfreier Brunnen in Debica vorhanden - und die aufgetretenen Typhusfälle, ist der Bau der Wasserleitung ganz besonders dringlich.

6.) Schulwesen.

Wie schon in meinem letzten Lagebericht erwähnt, wurde auf den 1. Januar 1941 die deutsche Volksschule in Debica eröffnet. Es handelt sich um die 8. deutsche Volksschule im Gebiet der Kreis-hauptmannschaft. Die reichsdeutsche Lehrerin führt neben der deutschen Schule noch einen deutschen Sprachlehrgang für die Volksdeutschen. - Die Errichtung einer deutschen Volksschule in T u s z o w - Kolonie ist geplant.

Wie schon oben erwähnt, wurde der Betrieb der polnischen Volksschulen wegen Kohlenknappheit bis auf weiteres eingestellt. Aber auch der Schulbetrieb in den deutschen Schulen ist durch den Mangel an Brennmaterial bereits wiederholt unterbrochen worden.

7.) Sonderdienst.

Die Stärke des Sonderdienstkommandos beträgt zur Zeit 1/20. Ausser zum Nach- und Ordnungsdienst wird das Kommando gegenwärtig hauptsächlich zur Unterstützung der Steuerbeitreibungsberechtigten eingesetzt. In Berichtsmonat wurden mit Hilfe des Kommandos rund 44 000 Zloty rückständige Steuern eingebracht. Seit dem Einsatz

des

- 10 -

des Kommandos für diesen Zweck im Oktober 1940 hat dasselbe damit 195 000.-- Zloty beitreiben helfen. Im grossen Ganzen hat sich der Sonderdienst gut bewährt und zu einer brauchbaren Hilfe bei der Durchführung verwaltungstechnischer Aufgaben entwickelt.

Den jugendlichen Männern des Sonderdienstes fehlt es zum Teil noch am besonnenen und sicheren Auftreten gegen den häufig <sup>über</sup>widerspenstigen Einheimischen. Es ist aber überall guter Wille vorhanden, so dass auch auf diesem Gebiet mit der Zeit ein zufriedenstellender Einsatz möglich ist.

#### 8.) Polnischer Baudienst.

Die Stärke des im Bezirk eingesetzten Baudienstes beträgt 1000. Der Einsatz erfolgt auf den Truppenübungsplätzen des Heeres in Deba und der SS in Pustkow. Es sollen im Laufe der nächsten Monate im Bezirk bis zu 3 000 Arbeiter des Polnischen Baudienstes eingesetzt werden. Es wird darüber geklagt, dass die beiden Lager in Deba und Pustkow verlaust seien. Es ist deshalb notwendig, dass alle Angehörigen des Polnischen Baudienstes vor ihrer Aufnahme in das Lager einer Entlausung unterzogen werden. Die entsprechenden Massnahmen sind bereits bei der Leitung des Polnischen Baudienstes in Krakau beantragt.



Landeskriminalamt  
Baden-Württemberg  
I/7 (NSG)

Z.Z. Freiburg, den 13.9.1966

Tgb.Nr.: III/10-25/66

72  
Einschreiben vom 206 BR-2 19/64 II  
37. Nov. 1965

Anwesend:

KHK Opferkuch,  
KM Schenscher

Vernehmungsniederschrift

Aufgesucht im Landratsamt Freiburg/BrsG. sagte am 13.9.1966  
der Zeuge

O s w a l d , Alfons,  
verh. Landrat,  
geb. 8.2.1903 in Norsingen,  
Kreis Freiburg,  
wohn. Freiburg, Rotackerstr. 18

Mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemahnt auf Befra-  
gen folgendes aus:

Zur Person:

"Ich bin von Haus aus Zentrums-Mann und habe hierwegen schon  
zu Beginn des Dritten Reiches erhebliche Schwierigkeiten  
gehabt. Ich hatte nämlich im Jahre 1929 im Min. des Inneren  
in Karlsruhe die Denkschrift gegen den Nationalsozialismus  
ausgearbeitet, die vom damaligen Reichsminister des Inneren  
zur Herbeiführung des Verbots der NSDAP verwendet wurde,  
allerdings ohne Erfolg. Diese Tatsache wurde nach dem Umsturz  
1933 der NSDAP bekannt, das In.Min. hat mich jedoch gedeckt,  
indem sie erklärte, daß ich diese Arbeit im dienstlichen  
Auftrag gemacht habe, mit der Folge, daß ich im Dienst ver-  
blieben bin.

Ich war Regierungsrat in Neustadt/Schw., wurde im Jahr 1936 auf Veranlassung des Kreisleiters K u n e r in gleicher Eigenschaft nach Donaueschingen versetzt, von wo ich mit Erlaß des Minister des Innern vom 4.10.1939 dem Chef der Zivilverwaltung AOK 14 zur Verwendung als Landkommissar in Polen zur Verfügung gestellt wurde. Diese Abstellung erfolgte auf Betreiben des Kreisleiters K i r n in Donaueschingen.

In Polen wurde ich als Landkommissar in Debica eingesetzt. Bereits am 15.12.1939 wurde mir die inzwischen gebildete Kreishauptmannschaft Debica übertragen, nachdem die Regierung auf das Generalgouvernement übertragen war. Der Distriktsverwaltung Krakau, zu der Debica gehörte, mußte ein Fragebogen über den politischen Werdegang eingereicht werden. Dort habe ich die Frage, ob ich früher einer NS-feindlichen Organisation angehört hätte mit ja beantwortet und auf meine Zugehörigkeit zum CV (Kath. farbentragender Studentenverband) hingewiesen. Hiervon erhielt der Distriktsgouverneur Dr. W ä c h t e r Kenntnis. Diese Tatsache hat dazu geführt, daß ich mit Beginn des Rußlandfeldzugs dem Befehlshaber Süd, General M e t z , zugeteilt wurde unter ~~Abordnung~~ gleichzeitiger Aufhebung meiner Verwendung als Kreishauptmann in Debica. Es war dies am 21.6. 1941.

Nach verhältnismäßig kurzer Zeit wurde in Galizien die Zivilverwaltung eingerichtet und die Regierung des Generalgouvernements auf den Distrikt Lemberg ausgedehnt. Man machte mir das Angebot einer Beschäftigung als Kreishauptmann im Distrikt Lemberg, das ich jedoch abgelehnt habe. Ich ging nach Krakau zurück, man war in gewisser Verlegenheit, was man mit mir anfangen sollte, da die Kreishauptmannschaft Debica bereits wieder besetzt war. Man bot mir die Stelle des Leiters der Inneren Verwaltung in der Distriktsregierung Radom an. Ich habe angenommen, obwohl ich dadurch meiner bereits bei der Abstellung nach Polen bewilligten Aufwandsentschädigungen verlustig ging.

Als Leiter der Inneren Verwaltung in Radom war ich dem Gouverneur K u n d t (Tschechen-Kundt) unterstellt. Ferner dem Stellvertr. Gouverneur und Amtsleiter Dr. E g e n , der gleichzeitig Kreishauptmann von Radom-Land gewesen ist. Er lebt zur Zeit im Ruhestand in Stuttgart, nachdem er zu 15 Jahren Zwangsarbeit in Polen verurteilt war. In meiner Eigenschaft als Leiter der Inneren Verwaltung habe ich wiederholt gegen die Judenverfolgungen protestiert, zuletzt habe ich einem Kreishauptmann gegenüber in einer dienstlichen Bemerkung die SS beleidigt. Hierauf sollte ich verhaftet werden. Gouverneur K u n d t hat jedoch erreicht, daß hierwegen ein förmliches Disziplinarverfahren eingeleitet und durchgeführt wurde. Am Ende des Disziplinarverfahrens wurde mir eröffnet, daß mein Verhalten korrekt gewesen sei, daß man mir aber nach Rücksprache mit dem SS- und Polizeiführer Gelegenheit geben wolle mich als ehemaliger CVer zu rehabilitieren d.h. meine Ehre wieder herzustellen, dadurch, daß ich an die Front abgestellt werde. Dies war im Februar 1943. Da ich keine militärische Ausbildung hatte, kam ich nach 6-wöchiger Ausbildung in Ostpreußen bis zu meiner Gefangennahme, am 30.4.1945, als Landser ~~zum Fronteinsatz.~~

Am 30.4.1945 kam ich in Cremona in amerikanische Gefangenschaft und wurde nach Lageraufenthalt in Cremona, Medena, Ghedi, Verona, Bad-Aibling, Tuttlingen am 14.9.1945 entlassen und nach Feststellung der Unbedenklichkeit meiner Tätigkeit im Generalgouvernement durch die Militärregierung in Freiburg als Landrat in Säckingen eingesetzt. Landrat in Freiburg bin ich seit Juni 1953.

Vorbestraft bin ich nicht.

Zur Sache:

Wie ich schon angegeben habe, habe ich die Stelle als Kreishauptmann im Distrikt Lemberg, welche wir dort im Jahre 1941 angetragen wurde, abgelehnt. Ende September/Anfang Oktober 1941

79

übernahm ich die Leitung der Inneren Verwaltung in der Distriksverwaltung Radom, die ich bis Februar 1943 inne hatte. Wenn ich nach der Stellenbesetzung der Distriktsregierung Radom befragt werde, so erinnere ich mich lediglich an den Gouverneur K u n d t , des Vertreter Dr. E g e n . Unter mir arbeitete ein Rechtsanwalt aus Berlin namens S c h m i e d ( phon. ) ? Meine Sekretärin hieß Gertrud U n c k e l , zuletzt beschäftigt im Bundesfinanzministerium als Chef-Sekretärin. Ihre Adresse aus dem Jahre 1959 lautete:

Bonn, Immenburgstr. 33, II. links.

Ihr Name lautet genau: Trude-Inge U n k e l . Ich kann mich natürlich noch an andere Personen erinnern, z.B. an den Vermessungs-Inspektor Hans H u b e r t i aus Mayen/Eifel. Er wurde damals mit mir zur Wehrmacht abgestellt und war in meiner Kompanie. Weitere Namen sind mir im Augenblick nicht erinnerlich. Soeben fällt mir noch der ehemalige Staatsanwalt H o l l a n d aus Freiburg ein, der aber nicht in Radom war, sondern in Petrikau.

Frage : Haben Sie Kenntnisse über ehemalige Gettos in Radom und Szydlowiec?

Antw. : Das Getto Radom ist mir bekannt. Der mir genannte Ort Szydlowiec ist mir damals im Rahmen der dienstlichen Tätigkeit sicher bekannt geworden. Doch kann ich mich heute daran konkret nicht mehr erinnern. Von einem Getto in S. weiß ich nichts.

Das Getto in Radom war mir persönlich bekannt. Es bestand bereits, als ich nach Radom kam (Herbst 1941). Die Juden aus Radom waren in diesem Getto zusammengezogen. Es lag mitten in der Stadt und war ein Altbau-Viertel. Ich kannte es deshalb, weil jüdische Handwerker für mich u.a. Angehörige der Distriktsverwaltung gearbeitet haben z.B. der etwa 70 jähr. Schuster W i e s e n b e r g u. der etwa 35 jähr. Schneider Z u c k e r . Zur Anprobe mußte man ins Getto gehen, da das Verlassen des Gettos den Juden im allgemeinen verboten war.

Die deutsche Dienststelle, welche die Aufsicht über das Getto hatte, lag in der sogen. Polizeikaserne. Es handelte sich um eine SS-Dienststelle, welche dem SSuPf. Radom unterstellt war, der seinerzeits seinen Dienstzitz im Distriksgebäude hatte. Diese Stelle hatte damals ein Rechtsanwalt <sup>Dr. Bocher</sup> ~~Fischer~~ aus Memel inne. Sein Vorgänger war bis etwa Ende 1941 ~~Oberg~~, der dann als HSSPF nach Frankreich versetzt wurde. Wenn ich gefragt werde, wie das Getto Radom belegt war, und ob ich Zahlenangaben hierüber machen kann, so kann ich nur sagen, daß es ein großes, dicht besetztes Getto war. Es müssen dort mehrere Tausend Personen eng zusammengedrängt gelebt haben.

Frage : Was wissen Sie über Judenaussiedlungen aus Radom?

Antw. : Die Aussiedlung der Juden aus dem Getto Radom ist mir noch verhältnismäßig gut in Erinnerung. Sie erfolgte meines Erinnerns am 1. oder 2. August 1942. Ich selbst hatte meine Frau und meinen Sohn Heinz, die etwa 6 Wochen bei mir zu Besuch waren, mit der Bahn nach Berlin zurückgebracht und bin in der Nacht, die der Gettoevakuierung folgte, etwa um 03.00 Uhr ~~in~~ in meine Wohnung in der Bahnhofstr. in Radom zurückgekommen. Am nächsten Morgen, kaum war ich in meiner Dienststelle, ließen sich bei mir 2 Bedienstete der Inneren Verwaltung melden und teilten mir mit, daß am Tag vorher die Juden aus dem Getto evakuiert worden seien. <sup>Dabei</sup> ~~Es~~ war der Leiter der Sportabteilung innerhalb meiner Abteilung dem auch die Verwaltung des Sportgeländes von Radom übertragen war. Sichtlich erschüttert protestierten sie gegen die Art der Durchführung der Judenevakuierung. Sie erzählten, daß die Juden etwa um 07.00 Uhr morgens im Laufschrift durch die Stadt vom Getto zum Güterbahnhof getrieben wurden, wobei die Männer, Frauen und Kinder, die nicht mitkamen, auf der Straße erschossen wurden. Die Leichen habe man auf

Haufen am Straßenrand zusammengeworfen. Sie fragten mich, ob ich den Haufen vor meinem Hause nicht gesehen hätte. Ich verneinte dies, da nachts um 03.00 Uhr die Leichen vermutlich bereits weggeräumt waren. (Als ich dann nach Hause kam habe ich davon überzeugt, daß noch Blutlachen vor dem Haus vorhanden waren) Unter dem deutschen Personal herrsche große Bestürzung, viele hätten erklärt, daß sie den ganzen Tag nicht essen konnten. Auf diese Vorsprache hin ließ ich mich bei Gouverneur K u n d t anmelden, <sup>u.</sup> wurde von ihm empfangen. Ich habe dann unter Bezugnahme auf die Stimmung unter dem deutschen Personal, gegen die Art der Judenevakuierungen protestiert. Gouverneur K u n d t zeigte sich betroffen durch meine Schilderung und erklärte mir, daß er der Sache nachgehen werde. Zwei Tage später habe ich ihn hierwegen auf der Treppe angesprochen und er erklärte mir wörtlich die Excesse seien <sup>als</sup> auf Insubordination unterer Kräfte zustande gekommen. Zu den Evakuierungsmaßnahmen sollen u.a. lettische und litauische SS-Angehörige herangezogen worden sein.

Im Allgemeinen wußte man nicht, was mit den evakuierten Juden geschieht. Es wurde wohl gemunkelt, daß sie umgebracht werden. Es wußte jedoch niemand etwas genaues und man hielt es für unvorstellbar, daß solche Mengen von Menschen getötet werden könnten. Das konnte man <sup>Sich</sup> einfach ~~sich~~ nicht vorstellen. Ich selbst hatte einen positiven Anhaltspunkt dafür, daß die Juden getötet werden. Ich hatte zufällig etwa 1 1/2 Monate vor der Evakuierung von Radom im Vorzimmer des Gouverneurs K u n d t ein Aktenstück in die Hand bekommen, ausweislich dessen der Leiter der Justizabteilung die Begnadigung einer zum Tod verurteilten Jüdin beantragt hat. Die Jüdin war im Getto Kielce ihrem Kind auf die Durchgangsstraße Krakau-Warschau nachgelaufen, ~~und~~ wurde vom Posten geschnappt und vom Gericht zum Tode verurteilt.

Ich wies die Sekretärin des Gouverneurs auf diesen Akt hin und bat sie sich beim Chef für die Begnadigung einzusetzen. Einige Tage später sagte sie zu mir, daß der Gouverneur das Todesurteil unterschrieben hat, mit dem Bemerkten ihr gegenüber, es käme nicht darauf an, ob sie jetzt oder später umkäme.

Bei der J.,,Genevakuierung ist folgendes vorgekommen: Der oben erwähnte Schneider Zucker wurde auf Grund der ihm gegebenen Arbeitsbescheinigung von der Evakuierung ausgenommen. Er erzählte mir, daß am Evakuierungstag die jüdische Bevölkerung auf einen Platz getrieben worden sei, wo die aussortiert wurden, die für die deutsche Seite gearbeitet haben. Hierzu hätte eigentlich auch seine Frau gehört, die auch eine Arbeitsbescheinigung hatte, die aber, weil das Kind der beiden nicht ausgeschieden wurde, freiwillig auf die Seite der zu Evakuierenden getreten ist. Zucker hatte diesen Mut nicht, war aber furchtbar besorgt um das Schicksal seiner Angehörigen. Er fragte mich, was wohl mit ihnen geschehen sei bzw. geschähe. Ich erklärte ihm, daß ich mich erkundigen wolle und rief den Leiter des Bahnhofs Radom an, den ich vom Skiclub Neustadt/Schwarzwald her kannte. Er war vor dem Krieg Bahnhofsvorstand in Neustadt. Dieser erklärte mir, daß er nicht wisse, wo der Transport der Juden hingekommen sei. Auf meine Frage, er müsse doch wissen wohin der Zug abgefertigt wurde, erklärte er mir, daß er in östlicher Richtung auf Lublin zu abgefahren sei. Ich wurde hier wieder stutzig, weil nach den Gerüchten mit einem Abtransport nach Krakau gerechnet werden konnte. Ich habe Zucker hiervon Mitteilung gemacht und tatsächlich die Hoffnung in ihm wachgerufen, daß es sich, wie offiziell behauptet wurde, um eine Evakuierung zum Arbeitseinsatz gehandelt habe und er hoffen konnte, seine Angehörigen wiederzusehen.

74

Frage : Haben Sie etwa zu einem späteren Zeitpunkt noch näheres über den Verbleib bzw. über das Schicksal der aus dem Getto Radom evakuierten Juden erfahren?

Antw. : Ja und nein. Im Oktober 1942 fuhr ich in Urlaub und teilte das D-Zug-Abteil mit einem Luftwaffen-Offizier, der sich mir als Oberst v. B r i t t w i t z in Baden-Baden vorstellte. Man kam ins Gespräch und er erzählte mir, daß er Leiter des Luftwaffen-Nachschublagers in Lemberg sei. Im Laufe des Sommers habe die SS bei ihm Flugzeugmotoren angefordert. Er habe dieser Anforderung zunächst widersprochen dann aber vom Armeekommando den Befehl bekommen, die Motoren auszuliefern. Er sei jedoch der Sache nachgegangen und festgestellt, daß die Motoren zur Vergasung von Juden in Güterwagen verwendet wurden. Auf diese Weise sind offenbar die nach Osten abtransportierten Juden getötet worden, ob auch die Radomier, ist mir nicht bekannt.

Frage : Ist Ihnen nicht schon einige Zeit vor der Evakuierung der Radomier Juden von dieser beabsichtigten Maßnahme aus dienstlichem Anlaß etwas bekannt gewesen?

Antw. : Über diese Frage habe ich anläßlich einer früheren Vernehmung durch die StA Dortmund ( StA Siehlow ) am 26.11.1962 ausführliche Angaben gemacht. Diese beziehen sich auf eine erweiterte Arbeitssitzung bzw. Kabinett-sitzung bei Generalgouverneur Dr. F r a n k in Krakau, an der auch die Vertreter der Polizei u. SS-Führer bzw. diese selbst teilnahmen. Über diese Sitzung wurde ein Protokoll gefertigt, nachdem ich Ausführungen über den Stand der Evakuierungen aus dem Distrikt Radom gemacht haben soll. Tatsächlich machte nicht ich diese Ausführungen, sondern der damalige SS- u. Polizeiführer in Radom, Dr. B ö t t c h e r . Es muß sich um ein Versehen des Protokollführers gehandelt haben.

Wenn es hierzu noch einer weiteren Klärung bedarf, verweise ich auf die Vernehmungen durch StA Siehlow und einen Landgerichtspräsidenten aus Lüneburg, vermutlich im November 1963. An Hand der noch in meinem Besitz befindlichen La-dung ersehe ich, daß die Vernehmung am 9.12.63 durch den Präsidenten der I. Strafkammer des Landgerichtes Lüneburg zu Gesch. Nr. 5/63 (Strafsache gegen Paul D e g e n h a r d t u. 3 andere) erfolgte.

Frage : Können Sie Angaben über den Verbleib der nach der Aussiedlung in Radom zurückgebliebenen Juden machen?

Antw. : Der Schneider Zucker war nach der Evakuierung in einem Gebäude untergebracht, das eine ehem. Schule gewesen sein kann. In diesem Haus befand er sich mit anderen Juden noch einige Zeit und hat nach wie vor in seinem Schneiderhandwerk gearbeitet. Ob er in diesem Haus verblieben ist, oder ob er bereits vor meinem Weggang aus <sup>Radom</sup> Krakau, im März 1943, wo anders hin verlegt wurde, kann ich nicht sagen. Auch über das Schicksal der anderen dort noch untergebrachten u. zurückgebliebenen Juden kann ich keine Angaben machen.

Frage : Was wissen Sie über die personelle Besetzung der Gend.-Dienststellen im Kreis Radom?

Antw. : Namen kann ich beim besten Willen nicht nennen. Dies erkläre ich auch damit, daß die Gendarmerie den Verwaltungsbehörden nicht unterstellt war, sie war weder weisungsgebunden noch berichtsverpflichtet. Ich entsinne mich lediglich an einen Gend.-Offizier vermutl. im Range eines Oberst, der dem SSPf. Dr. B ö t t c h e r unterstellt war. (Sommer 1942) Dieser machte mir einmal vertraulich davon Mitteilung, daß Dr. Böttcher von einer demnächstigen Ablösung des Generalgouverneurs und der Gouverneure und Übernahme der Macht im Generalgouvernement durch die SS gesprochen habe.

87

Der Name dieses Gend.-Offiziers ist mir nicht mehr in Erinnerung. Ich hatte den Eindruck, daß es sich von den Bestrebungen Dr. Böttchers distanzierte und auch sonst gegen die Maßnahmen der Polizei im Generalgouvernement eingestellt war. Die mir soeben genannten Namen Kreuzthaler, Kühn, Dr. Klement, Klipfel, Santner, Berghöfer, Reinke und Vollmann, sagen mir heute nichts mehr. Auch der Hinweis, daß der letzte K.G. Radom, Oberst Klipfel, aus Freiburg stammte und letztes Jahr hier in Freiburg verstorben ist, kann mir nicht weiter-helfen.

Frage : Können Sie irgendwelche Angaben über die damalige Besetzung der Gendarmerie in Szydłowiec machen?

Antw. : Nein, das ist mir nicht möglich. Ich habe schon bereits erwähnt, daß ich über den Ort Szydłowiec keinerlei ~~Angaben~~ Angaben machen kann. Ich kann mich lediglich vage daran erinnern, daß es diesen Ort gegeben hat.

Frage : Ist Ihnen der ehemalige Hauptmann der Gend. Richard F ü r s t bekannt, der während des Krieges Gend.-Zugführer im Kreise Radom war?

Antw. : Nein, kenne ich nicht. Über ihn müßte meines Erachtens der damalige Kreishauptmann von Radom-Land, Dr. E g e n , jetzt im Ruhestand, der in Stuttgart wohnt, Angaben machen können.

Frage : Sind Ihnen die Namen K a p i n s k i , Boyer und R i b i t z k i bekannt, diese waren ebenfalls in Szydłowiec tätig.

Antw. : Nein.

Frage : Können Sie Angaben über andere Einheiten im Distrikt Radom machen, insbesondere über solche, die sich mit der Judenfrage und den Judenaus-siedlungen beschäftigten?

Einheiten

Antw. : Konkrete Angaben über solche ~~Angaben~~ kann ich nicht machen. Ich darf jedoch folgenden Hinweis geben:  
 Der Leiter der Gesundheitsabteilung im Distrikt Radom hat sich bei mir einmal darüber beschwert, daß ein Sturmbannführer, dessen Dienststelle in der Polizeikaserne war, mit Namen ~~D r e h e r~~ o. ähnlich, der Frau des jüdischen Distriktsarztes die Freistellung von der Aussiedlung verweigert hat und dem Mann dabei empfohlen hat, die Frau aus dem Getto herauszubringen. (Was unter Todesstrafe stand) Ich bin im Augenblick nicht in der Lage die Namen dieser Personen zu nennen.

Frage : Sind Sie noch im Besitze von Unterlagen oder Fotos aus der damaligen Zeit von Radom? welche zu den heute behandelten Fragen in Beziehung stehen?

Antw. : Solche Unterlagen habe ich leider nicht im Besitz, sonst hätte ich sie gerne zur Verfügung gestellt.

Ich habe nun alles richtig angegeben und glaube nicht, daß irgendwelche Fragen von Bedeutung offen geblieben sind. Ich machte meine Aussagen entsprechend meiner heutigen Erinnerung nach bestem Wissen und Gewissen. Die von mir gemachten Angaben habe ich weitgehend selbst diktiert und entsprechen dem von mir gewünschten Wortlaut. Ich hatte soeben Gelegenheit, das Vernehmungsprotokoll selbst durchzulesen und handschriftliche Verbesserungen anzubringen. Jeweils das Original der Vernehmungsniederschrift wurde von mir handschriftlich abgezeichnet. Die Richtigkeit meiner Angaben und des Protokolls bestätige ich unterschriftlich."

Vermerk: Dem Zeugen O s w a l d wurde auf seinen Wunsch eine Mehrfertigung des Protokolls ( Bl. 1 - 11 ) zur Verfügung gestellt. Er hatte darum schon vor Beginn der Vernehmung gebeten und machte davon seine Aussage abhängig.

Vernehmungsdauer: 11.00 Uhr bis 15.20 Uhr

Geschlossen:

Genehmigt und unterschrieben:

(*[Signature]*) ZHK  
 (Schenscher) KM

*[Signature]*  
 .....

Verf.

1) Aus Bl 115 ergibt sich folgendes :

Vernommen wurde der Studienrat

Erwin P a r z e n t n y

geb. 18.4.1915 in Tarnowitz /OS

als Zeuge im Verfahren ./.. Garbler (Vern. v. 13. März 1963).

Er erklärte u.a.:

"Kreishauptmann war der heute in Freiburg als Landrat tätige Alfons Oswald. Oswald hat Debica unmittelbar vor mir im Oktober 1941 verlassen. Sein Nachfolger hieß Schlüter, von dem ich noch hörte, er habe sich bei Kriegsende in Rostock das Leben genommen".

2) Dies zu II 212 AR 1425/ 66

*E. Slavica*

17.3.76

U  
Wieder weyler  
Lip  
18.3.76

Bundesarchiv